

Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam vorangehen: Für ein starkes Baden-Württemberg in einem starken Europa

LDK in Kehl am 1. Juli 2023

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 12.05.2023

Tagesordnungspunkt: EU Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam vorangehen: Für ein starkes Baden-Württemberg in einem starken Europa

1 **Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam**
2 **vorangehen:**
3 **Für ein starkes Baden-Württemberg in einem**
4 **starken Europa**

5 **Nur gemeinsam sind wir stark**

6 Wir leben in einer Zeit, die von globalen Krisen und Herausforderungen geprägt
7 ist, deren Dimensionen nationalstaatliche Handlungsräume bei weitem übersteigen.
8 Die Corona-Pandemie, die sozialen, ökonomischen und sicherheitspolitischen
9 Folgen des russischen Einmarsches in die Ukraine oder die Klimakatastrophe
10 lassen sich nur in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit unseren
11 europäischen und internationalen Partner*innen meistern. Diese multiplen
12 globalen Krisen, die auch in Baden-Württemberg spürbar sind, verdeutlichen
13 nochmals, dass ein starkes und handlungsfähiges Europa aus baden-
14 württembergischer Perspektive kein Selbstzweck ist: Eine demokratische,
15 ökologisch und wirtschaftlich starke Europäische Union liegt auch im Interesse
16 unseres Bundeslandes. Auch deshalb gehört die Stärkung Europas zu den Leitlinien
17 Grüner Landespolitik.

18 Baden-Württemberg ist mit seinen 11 Millionen Einwohner*innen größer und
19 wirtschaftlich stärker als mancher Mitgliedstaat der Europäischen Union. Das
20 verleiht bei europapolitischen Fragen Gewicht, ist aber auch mit Verantwortung
21 verbunden. Auch in Zukunft muss Baden-Württemberg daher sein politisches Gewicht
22 für gemeinsame europäische Lösungen zum Schutz unserer natürlichen
23 Lebensgrundlagen, für einen starken und sozialen Binnenmarkt mit nachhaltigem
24 Wachstum, für faire Handels- und Arbeitsbedingungen und eine zukunftsfähige und
25 humane Migration einsetzen. Noch nie zuvor waren Grüne gleichzeitig in Baden-
26 Württemberg und - mit BMWK und Auswärtigem Amt - auch auf Bundesebene an
27 europapolitisch entscheidenden Stellen in Regierungsverantwortung. Diese Chance
28 wollen wir nutzen, um Europa mit vereinten Kräften weiterzuentwickeln.

29 Geographisch hat Baden-Württemberg eine besondere Position im Herzen Europas an
30 zwei großen europäischen Flüssen, dem Rhein und der Donau. Die Entwicklung des
31 Friedensprojekts Europa lässt sich eindrucksvoll anhand dieser beiden Flüsse
32 skizzieren. Lange war die deutsche Perspektive auf den Rhein geprägt vom
33 nationalistisch aufgeladenen Mythos des „deutschen Flusses“. Sowohl Deutschland
34 als auch Frankreich erhoben Anspruch auf den 1.233 Kilometer langen Fluss als

35 Nationalsymbol, immer wieder war das rohstoffreiche Rheingebiet Gegenstand
36 militärischer Auseinandersetzungen. Heute trennt der Rhein nicht mehr, sondern
37 versinnbildlicht die engen wirtschaftlichen, infrastrukturellen und vor allem
38 freundschaftlichen Bande, die Baden-Württemberg mit seinen französischen
39 Partnerregionen pflegt. Ziel für uns Grüne in Baden-Württemberg ist es, die
40 grenzüberschreitenden Kooperationen am Oberrhein, wie auch am Bodensee und am
41 Hochrhein unter anderem in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Verkehr und
42 Tourismus weiter voranzutreiben. Eine solche Zusammenarbeit über Grenzen hinweg
43 birgt beispielsweise nicht nur große Potentiale im Bereich wirtschaftlicher
44 Entwicklung, sondern macht den Mehrwert Europas durch vereinfachte
45 Verwaltungsvorgänge, durch grenzenloses Reisen und durch Begegnungen mit den
46 Bürger*innen der Nachbarstaaten auch für die Menschen in Baden-Württemberg
47 erfahrbar. Mit der Europa-Wahl vor der Haustür ist es unsere Aufgabe, in den
48 Kommunen und Wahlkreisen vor Ort verstärkt für die konkreten Vorteile zu werben,
49 die Europa jetzt schon bietet.

50 Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der EU-Osterweiterung wurde ein weiterer
51 großer europäischer Fluss, die Donau, zur Entwicklungsachse eines neuen Europas.
52 Auf ihrem Weg vom Ursprung im Schwarzwald bis ins schwarze Meer fließt die Donau
53 durch 10 Länder und verbindet unser Bundesland mit den Ländern Mittel und Ost-
54 Europas. Wir unterstützen eine Fortsetzung der *EU-Donauraumstrategie* durch die
55 baden-württembergische Landesregierung, mit der fruchtbare Kooperationen mit den
56 Staaten entlang der Donau in den Bereichen von Umweltschutz, Wohlstand und
57 gesellschaftlichem Zusammenhalt gefördert werden.

58 Die Erweiterung der Union entlang der europäischen Lebensader Donau ist
59 allerdings noch nicht beendet: An der Mündung der Donau liegt die Ukraine - ein
60 Land, das seit über einem Jahr mit dem höchstmöglichen Preis einsteht für das,
61 was Europa im Kern ausmacht: Frieden und Freiheit. Wir verstehen es daher als
62 unsere Verpflichtung, der Ukraine beizustehen und sie zu unterstützen. Unsere
63 Unterstützung wird nicht enden, wenn die Kämpfe enden. Denn dann beginnt der
64 Wiederaufbau eines Landes, dessen Aufnahme in die Europäische Union uns alle
65 stolz machen wird.

66 Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zäsur für ganz Europa und
67 hat uns wieder bewusst gemacht, welche unverändert große Bedeutung das
68 europäische Projekt auch als Garant für Frieden hat. Gerade angesichts äußerer
69 Bedrohungen wie eines aggressiv agierenden Russlands, aber auch im Lichte eines
70 erstarkenden Nationalismus in einigen Ländern der EU, sind wir alle gefordert,
71 für die europäischen Werte Freiheit, Demokratie, Gleichheit und
72 Rechtsstaatlichkeit einzustehen, auch an den europäischen Außengrenzen.

73 Wir wollen Europa "von unten" stärken, indem Entscheidungsprozesse innerhalb der
74 europäischen Institutionen demokratisiert werden. Durch einen Ausbau von
75 Informationsmöglichkeiten über europäische Politik, grenzüberschreitenden
76 Austauschmöglichkeiten und gemeinsamer Infrastruktur über Grenzen hinweg muss
77 eine gesamtgesellschaftliche Unterstützung des europäischen Projekts gefördert
78 werden. Für gestärkte Wurzeln der Europäischen Union ist es aus unserer Sicht
79 unabdingbar, dass Bürger*innen in Zukunft ihre Vorstellungen von Europa vermehrt

80 einbringen und auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen können. Für
81 uns ist klar: Europa ist dann stark, wenn es ein Europa der Europäer*innen ist!

82 **Mit dem europäischen Green Deal unser Klima schützen und europäische Wirtschaft**
83 **zukunftsfähig gestalten!**

84 Im Zentrum der Grünen Klima-, Energie-, Wirtschafts- und Umweltpolitik steht die
85 Garantie von Freiheit und Gerechtigkeit für uns und für kommende Generationen.
86 Wir sind die erste Generation, die ein Leben ohne fossile Kohle, Öl und Gas
87 führen können wird. Der Klimaschutz ist in den letzten Jahren ins Zentrum der
88 europäischen Politik gerückt. Die starke Stimme der europäischen Jugend, die
89 Millionen von Bürger*innen auf der Straße, aber auch Stimmen aus Wissenschaft
90 und Wirtschaft haben den europäischen Green Deal erst möglich gemacht. Der
91 schnelle Ausbau von Sonnen- und Windkraft, ein klimaschutzermöglichender CO₂-
92 Preis und die notwendige Umstellung auf E-Mobilität konnten bereits umgesetzt
93 werden. Diese Grünen Erfolge sind erst der Anfang: Die Begrenzung der
94 Erderhitzung auf 1,5 Grad ist für uns eine Menschheitsaufgabe. Baden-Württemberg
95 befindet sich dabei bereits auf dem richtigen Pfad: Das für Baden-Württemberg
96 festgesetzte Ziel der Klimaneutralität bis 2040 muss für ganz Europa ein mutiges
97 Vorbild sein.

98 Der Abkehr von den fossilen Energieträgern ist eine geopolitische Notwendigkeit,
99 die erneuerbaren Energien sind dabei Garant für niedrige Preise und für
100 Unabhängigkeit von aggressiven Diktator*innen wie Putin. Dank neuer EU-Gesetze
101 werden auch in Baden-Württemberg die Genehmigungsprozesse für erneuerbare
102 Energie-Projekte spürbar beschleunigt. Auch die industrielle Holzverbrennung zur
103 Stromgewinnung kann keine Option sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser
104 Energiehunger weltweit Wälder, die als Kohlenstoffsenken einen wichtigen Beitrag
105 zum Klimaschutz leisten, zerstört. Regionale Holznutzung aus nachhaltiger
106 Waldwirtschaft zur Wärmegewinnung kann dagegen einen Beitrag in der Energiewende
107 leisten. Ein klimafreundliches Europa braucht allerdings auch seine Bürger*innen
108 als Treiber*innen der Energiewende. Dazu sind integrierte europäische
109 Energienetze nötig und Bürger*innen, die zu Energieproduzent*innen werden, sei
110 es über die Solaranlagen auf dem Dach oder dem Balkon, über das dezentrale Ein-
111 und Ausspeichern von Strom und die Beteiligung an Bürger*innen-
112 Energiegenossenschaften.

113 Ein Viertel der europaweiten CO₂-Emissionen ist auf den Verkehrssektor
114 zurückzuführen. Das macht klar: Europäischer Klimaschutz braucht eine echte
115 europäische Verkehrswende. Baden-Württemberg hat bereits wichtige Schritte zum
116 Ausbau von nachhaltigem Verkehr und öffentlichem Nahverkehr umgesetzt, die
117 europaweit als Vorbild dienen können. Die EU kann durch gezielte Maßnahmen den
118 Rahmen setzen für eine saubere, inklusive, auf unterschiedlichen Verkehrsmitteln
119 beruhende, grenzüberschreitende Mobilität im Personen- und Güterverkehr in ganz
120 Europa. Mit Nachtzügen können attraktive Verbindungen zwischen den europäischen
121 Metropolen ausgebaut und besonders klimaschädliche Flüge vermieden werden.

122 Der Ausbau der Erneuerbaren und die Modernisierung unserer Industrie ist kein
123 selbstloses Handeln der Europäer*innen, denn längst gibt es einen globalen
124 Wettbewerb darum, wo die grünen Zukunftstechnologien entstehen. China und die

125 USA drohen Europa dabei vorauszuweichen. Außerdem liegt auf der Hand, dass es
126 dort, wo Strom aus Sonne und Wind fließt, die günstigste Energie gibt. Der
127 schnelle Ausbau der Erneuerbaren verspricht Standortvorteile für Europa. Deshalb
128 müssen wir in der Europäischen Union so schnell wie möglich zu einer
129 Energieversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien kommen und den Aufbau
130 einer grünen Wasserstoffwirtschaft schnell voranbringen.

131 Die massiven Subventionsprogramme für die Klimaindustrie in den USA und China
132 sind eine Chance, denn sie können eine Hebelwirkung für klimafreundliche
133 Investitionen in den beiden Ländern auslösen. Gleichzeitig sind sie auch eine
134 Herausforderungen: Auch in Europa brauchen wir einen industriellen Aufbruch, um
135 den Anschluss an China und die USA nicht zu verlieren. Dazu ist eine gemeinsame
136 europäische Industriepolitik notwendig. Diese muss von Bulgarien bis Portugal
137 gelingen. Dazu sind neben dem Abbau bürokratischer Hürden und besseren
138 Rahmenbedingungen für Innovation auch zusätzliche gemeinsame finanzielle
139 Anstrengungen notwendig, ohne dabei in einen Subventionswettbewerb zu verfallen.
140 Die Produktion von Solar- und Windkraftanlagen, von Speichern, Wärmepumpen und
141 Elektrolyseuren, von grünem Stahl und grüner Chemie sowie von
142 batterieelektrischen Fahrzeugen muss in Europa gelingen, Innovation und
143 Technologien müssen hier gehalten und vorangebracht werden. Dort finden sich
144 gute und sichere Industrie-Arbeitsplätze und der Wohlstandsmotor der Zukunft.
145 Gerade Baden-Württemberg, mit seinen innovativen Köpfen und seinem
146 herausragenden Maschinen- und Anlagenbau, hat die Chance, im Zentrum dieser
147 Modernisierung zu stehen. Es ist wichtig, dass auch die wirtschaftlich starken
148 Regionen in Europa von europäischer Förderung profitieren. Oft verbieten
149 europäische Binnenmarktregeln dem Land Baden-Württemberg die Unterstützung. Das
150 muss sich ändern, denn gerade in Baden-Württemberg leben wir mit unseren
151 Strategie-Dialogen vor, wie erfolgreiche Industriepolitik funktioniert. Gerade
152 beim Beihilferecht treten wir dafür ein, dass Möglichkeiten zur Ansiedelung von
153 Unternehmen auch für Innovationsregionen wie Baden-Württemberg geschaffen
154 werden, um die Transformation kraftvoll und als Motor voranzutreiben. Hierbei
155 kommt auch dem Ausbau von Produktionskapazitäten im Gesundheitsbereich eine
156 entscheidende Rolle zu. Auch der Bereich der digitalen Zukunftstechnologien ist
157 von industriepolitischen Herausforderungen geprägt. Die EU hat mit ihrem Ansatz
158 der „ethischen KI“ die Chance, einen Prototyp der Regulierung von künstlicher
159 Intelligenz auszuarbeiten, der globale Strahlkraft entfalten kann. Für ein
160 Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg gilt es, diese Prinzipien mit Leben zu
161 füllen und so ihre Umsetzung sicherzustellen.

162 Eine zentrale Aufgabe ist es, eine sichere und nachhaltige Versorgung mit
163 Rohstoffen zu schaffen. Die Energiewende und die Digitalisierung werden ohne
164 kritische Rohstoffe nicht funktionieren. Gleichzeitig ist Europa wie Baden-
165 Württemberg etwa bei einzelnen weiterverarbeiteten Rohstoffen übermäßig abhängig
166 von China. Solche gefährlich hohen ökonomischen Abhängigkeiten machen es uns
167 schwer, dem chinesischen Regime auf Augenhöhe zu begegnen, sie gefährden unsere
168 politische Handlungsfähigkeit und auch unsere Sicherheit. Deshalb müssen wir in
169 Europa Abhängigkeiten reduzieren und Verwundbarkeit minimieren. Es ist gut und
170 war dringend notwendig, dass das europäische Rohstoffgesetz, der *Critical Raw*

171 *Materials Act*, die EU-Rohstoffgewinnung sowie Weiterverarbeitung und Recycling
172 in Europa vorangebracht wird. Dadurch haben wir auch die Chance, neue
173 Technologien und Prozesse zu entwickeln, um Eingriffe in die Natur zu minimieren
174 und Naturverbrauch zu begrenzen. Bei der Kreislaufwirtschaft wollen wir in
175 Baden-Württemberg mit an der Spitze sein für eine größere europäische Resilienz.

176 Für eine innovative und resiliente Wirtschaft gilt es, den europäischen
177 Binnenmarkt 30 Jahre nach dessen Gründung weiter zu stärken und die Beziehungen
178 zu unseren internationalen Partnern auszubauen. Gerade Baden-Württemberg, unser
179 Mittelstand und unsere großen *global player* profitieren davon, dass die EU
180 Rohstoffpartnerschaften mit Leben füllt, faire Handelsverträge voranbringt,
181 Lieferketten diversifiziert, gemeinsam internationale Standards setzt. Nur in
182 einer handlungsfähigen Europäischen Union kann Baden-Württemberg weiterhin
183 wirtschaftlich erfolgreich sein und können wir unserer klimapolitischen
184 Verantwortung gerecht werden.

185 **Für ein Europa, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt**

186 Die Ziele des europäischen Green Deals im Bereich Umweltpolitik und
187 Landwirtschaft, der Schutz und die Wiederherstellung der natürlichen Ökosysteme,
188 die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und die Verbesserung der menschlichen
189 Gesundheit, muss in Zukunft mit stärkerem Nachdruck verfolgt werden. Konkret
190 möchten wir Grüne erreichen, dass die Ökosystemfunktionen unserer Wälder, Wiesen
191 und Moore anerkannt und gefördert werden. Für den Erhalt von Flächen muss es als
192 alternative wirtschaftliche Nutzung Förderung geben.

193 Die EU muss Treiber der Transformation hin zu einer ökologischen, naturnahen
194 Landnutzung sein. Zum Schutz freilebender Arten müssen Rückzugsorte für
195 Wildtiere durch nutzungsfreie Ökosysteme (z.B. Bannwald) geschaffen werden. Die
196 Kommunen müssen bei einem effektiveren Schutz von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten
197 unterstützt werden. Wir brauchen unsere Wälder als Klimaregulierer und
198 Schatzkammern der Biodiversität. Darum müssen Kahlschläge – die großflächige
199 Abholzung von Gebieten und damit Zerstörung des Ökosystems Wald – in ganz Europa
200 verboten werden. Für konsequentes Monitoring sowie finanzielle Förderprogramme
201 benötigen wir eine klare Definition einer nachhaltigen Waldwirtschaft. Wir
202 wissen, dass wir durch angepasstes Waldmanagement der Trockenheit der Wälder
203 zuvorkommen und somit Waldbrände begrenzen können. Baden-Württemberg ist mit 1,4
204 Mio. Hektar Wald eines der walddreichsten Bundesländer. Wir Grüne packen an für
205 den Wald - denn Waldschutz ist Klimaschutz!

206 Es gilt, unsere Lebensgrundlagen europaweit zu schützen und vor Ort konkrete
207 Lösungen anzubieten. Insbesondere muss die EU landwirtschaftliche Betriebe
208 stärken, die für gesunde und schmackhafte Nahrungsmittel, fruchtbare Böden,
209 sauberes Wasser, gute Tierhaltung und für den Erhalt der Lebensräume von
210 Insekten und Vögeln sorgen. Wir müssen weg von der Flächenförderung und hin zur
211 Förderung von ökologischen und regionalen Bewirtschaftungsformen.

212 Wir wollen allen Bürger*innen ermöglichen, sich gesund und nachhaltig ohne
213 Lebensmittelverschwendung zu ernähren. Die EU kann über die Förderung des
214 Ökolandbaus sowie die Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln Bio
215 wieder attraktiver machen und faire Preise in der Landwirtschaft voranbringen.

216 Das EU-Vergaberecht und Förderprogramme der *Vom Hof auf den Tisch*-Strategie
217 können vor Ort für mehr Bio in den Kantinen für Groß und Klein sorgen und
218 regionale Lieferketten fördern.

219 **Für ein Europa der Bürger*innen**

220 Die baden-württembergische Landesverfassung enthält das klare Bekenntnis, Baden-
221 Württemberg in einem vereinten Europa zu gestalten und an der Schaffung eines
222 Europas der Regionen aktiv mitzuwirken.

223 Die Grün-geführte Landesregierung hat dieses Ziel immer vorangestellt und mit
224 dem Europa-Leitbild europapolitische Grundsätze erarbeitet, die die maßgeblichen
225 Leitlinien unserer Europapolitik definieren. Ein ganz wichtiger Baustein: Wir
226 machen Europapolitik nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern mit ihnen
227 gemeinsam – in verschiedenen Bürgerdialogen im ganzen Land. Mit unserem
228 Europadialog haben wir im Land bereits im Jahr 2018 eine Blaupause für einen
229 gelungenen Dialogprozess zu Europa geliefert. Viele Elemente daraus hat sich die
230 EU-Kommission zum Vorbild genommen, als sie die Konferenz zur Zukunft der EU mit
231 breiter Beteiligung europäischer Bürger*innen konzipiert hat.

232 Für uns Grüne ist es zentral, dass diese Ergebnisse aus der Zukunftskonferenz,
233 die zusammen mit Bürger*innen erarbeitet worden sind, jetzt auch zügig umgesetzt
234 werden: Wollen wir Europa stärken, müssen wir es z.B. durch
235 Mehrheitsentscheidungen in der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und
236 Finanzpolitik, durch den Aufbau krisenfester Wirtschafts- und Gesundheitssysteme
237 und durch eine Reform der europäischen Institutionen weiterentwickeln.
238 Insbesondere bei einer Reform des europäischen Institutionengefüges wollen wir
239 auch künftig die Bürger*innen einbinden und Bürgerdialoge auf europäischer Ebene
240 institutionalisieren.

241 Europa zu stärken heißt für uns aber auch, Europa zu leben. Im Austauschprogramm
242 *Erasmus+* können Studierende interkulturelle Kompetenz und Sprachkompetenzen
243 ausbauen und damit ihre Karrierechancen auf einem europäischen Arbeitsmarkt
244 begünstigen. Unser Kontinent rückt durch das Austauschprogramm auch auf privater
245 Ebene zusammen: Seit Beginn des Programms im Jahr 1987 wurden über eine Million
246 *Erasmus*-Babys geboren. Für uns Grüne ist aber zentral, dass die europäischen
247 Austauschprogramme noch stärker auch für Menschen geöffnet werden, die eine
248 Ausbildung machen. Die Möglichkeiten für Schüler*innen und Auszubildende, aber
249 auch für Lehrkräfte und Verwaltungspersonal sind oft noch gar nicht ausreichend
250 bekannt. Das wollen wir in Baden-Württemberg mit einer gezielten
251 Öffentlichkeitsarbeit angehen.

252 Zu einem Europa der Bürger*innen gehört auch, dass wieder mehr Menschen die
253 Sprache der Nachbar*innen lernen. Das Erlernen von Französisch, insbesondere an
254 Grundschulen, hat für uns aufgrund der Nähe zu Frankreich einen besonderen
255 Stellenwert. Um ein besseres Verständnis politischer Prozesse, Institutionen und
256 Themen auf europäischer Ebene zu etablieren, muss eine stärkere Vermittlung
257 europapolitischer Inhalte an den Schulen in Baden-Württemberg stattfinden.

258 **Für ein demokratisches und rechtsstaatliches Europa**

259 Wir Grüne stehen für eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU und für

260 eine lebendige, europäische Demokratie, an der die Bürger*innen direkt
261 teilhaben. Unser Ziel ist es, die Rechtsstaatsinstrumente der EU konsequenter zu
262 nutzen und weiterzuentwickeln. Wir begrüßen die Einsetzung einer deutsch-
263 französischen Expert*innengruppe, die unter anderem hierzu konkrete Vorschläge
264 erarbeiten soll. Baden-Württemberg ist vielfältig in Europa engagiert. Von
265 unseren Partnern erwarten wir ein klares Bekenntnis zu europäischen Grundwerten
266 wie dem Schutz von Minderheiten und dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Als
267 Land stärken wir konkret die demokratische Zivilgesellschaft vor Ort, etwa über
268 gemeinsame Projekte wie die Regionalen Rechtsstaatsdialoge oder das Danube Youth
269 Council.

270 Wir unterstützen den Einsatz der EU-Kommission für Medien-, Presse- und
271 Informationsfreiheit und digitale Grundrechte sowie den Kampf gegen Fake News in
272 der gesamten EU. Wir bringen uns konstruktiv in die Debatte um eine auch für
273 Deutschland und die Bundesländer sinnvolle Ausgestaltung des *Europäischen*
274 *Medienfreiheitsgesetzes*, das die Unabhängigkeit und Pluralismus von Medien
275 stärkt, ein. Außerdem unterstützen wir die Umsetzung des *Europäischen Gesetzes*
276 *über digitale Dienste*, das unter anderem zu einem sicheren und
277 vertrauenswürdigeren Online-Umfeld für die europäischen Nutzer*innen beiträgt.
278 Gleichzeitig drängen wir in Debatten um die Regulierung des digitalen Raums auch
279 weiterhin auf die Achtung von digitalen Grundrechten wie der Redefreiheit im
280 Internet und lehnen die Einführung einer Chatkontrolle ab.

281 Wir Grüne wollen Europawahlen europäischer und lebendiger machen. Wir stehen für
282 die Einführung transnationaler Listen und eines Spitzenkandidat*innenprinzips
283 bei Europawahlen, um den gesamteuropäischen Charakter der Wahl und die
284 unmittelbare Legitimation von Spitzenpositionen in der EU durch die Wähler*innen
285 zu stärken. Über den Bundesrat wollen wir deshalb entsprechende Initiativen wie
286 den Wahlrechts-Vorschlag des Europaparlaments von 2022 aktiv unterstützen und
287 bei unseren europäischen Partner*innen dafür werben.

288 **Für ein Europa, das für gute Arbeit, humane Migrationspolitik und soziale** 289 **Sicherheit steht**

290 Als Grüne Baden-Württemberg setzen wir uns für die Wahrung der Menschenrechte
291 und die Achtung der Menschenwürde auch an den europäischen Außengrenzen ein. Wir
292 Grüne stehen für eine Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung in Einklang
293 bringt, beispielsweise durch das Eintreten für eine Verbesserung der
294 Asylverfahren und die Förderung von legalen Migrationswegen. Die EU muss dafür
295 sorgen, dass das Sterben im Mittelmeer endet. Eine Flucht nimmt kein Mensch
296 grundlos auf sich, weshalb wir durch die Unterstützung von den Menschen in
297 Herkunfts- und Transitländern die Ursachen von Flucht und Migration bekämpfen
298 wollen.

299 Viele neue Arbeitsplätze werden durch den Wandel zu einer klimaneutralen
300 Produktion und neuer Klimaindustrie geschaffen, doch gleichzeitig kämpfen wir
301 landes- und europaweit gegen den Fachkräftemangel. Diesen wollen wir mit
302 Programmen zur Integration und beruflichen Aus- und Weiterbildung von hier
303 lebenden Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte, sowie einer
304 Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen verringern. Die

305 erfolgreiche Westbalkan-Regel, mit der Staatsangehörige der sechs Balkanländer
306 ohne formales Qualifikationserfordernis, sondern unbürokratisch auf Basis der
307 Entscheidung von europäischen Arbeitgeber*innen Zugang zum europäischen
308 Arbeitsmarkt erhalten, sehen wir als gutes Beispiel der Integration und
309 unterstützen die Weiterentwicklung und Ausweitung auf andere Regionen.

310 Uns Grünen ist es ein Anliegen, dass die europäische Energiewende sozial gerecht
311 erfolgt. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung des europäischen
312 *Klimasozialfonds* aus, mit dem schutzbedürftige, z.B. einkommensschwächere
313 Bürger*innen und Kleinstunternehmen bei energetischer Sanierung, Nutzung
314 erneuerbarer Energien und Elektromobilität unterstützt werden.

315 Wir treten auch europaweit für gute Aus- und Weiterbildungsbedingungen sowie
316 eine europäische Mindestsicherung ein und exportieren positive Aspekte unserer
317 baden-württembergischen Ausbildungskonzepte über unsere Unternehmen und unseren
318 regionalen Kooperationen in unsere Partnerregionen. Projektpartner*innen aus
319 anderen europäischen Regionen bieten wir technische und finanzielle
320 Unterstützung bei Projekten zur Förderung der Beschäftigung, Bildung oder
321 sozialen Integration an. Dem Ausnutzen von Arbeitnehmenden, wie durch das "Slave
322 Law" in Ungarn, das Arbeitgeber*innen unter anderem die Anordnung von bis zu 400
323 Überstunden erlaubt, wirken wir entschieden entgegen.

324 **Für ein Europa, das Regionen und Menschen verbindet**

325 Die Zusammenarbeit an konkreten grenzüberschreitenden Projekten in den
326 Grenzregionen schafft Zusammenhalt und Erleichterungen, von denen die Menschen
327 im Alltag profitieren. Wir unterstützen insbesondere eine engere Zusammenarbeit
328 im Bereich der Rettungsdienste, des Katastrophenschutzes und der
329 grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. Auch für Klima und Umwelt kann die
330 Zusammenarbeit einen Mehrwert bringen, wie das Wärmebündnis Kehl-Straßburg
331 zeigt. Der Ausbau grenzüberschreitender Bahnverbindungen wie auf den Strecken
332 Rastatt-Haguenau-Saarbrücken sowie Colmar-Freiburg und die grenzüberschreitende
333 Vernetzung der CO₂-armen Verkehrsträger haben für uns höchste Priorität.

334 Rechtliche und administrative Hemmnisse, die grenzüberschreitenden Projekten im
335 Wege stehen, sollen so weit wie möglich abgebaut werden. Wir unterstützen die
336 Schaffung von Instrumenten auf europäischer Ebene, die helfen, solche
337 Hindernisse systematisch zu identifizieren und abzubauen. Hier sehen wir im
338 Kontext der *Vier Motoren für Europa* weiteres Verbesserungspotential, um diese
339 Kooperation zwischen den wirtschaftsstarken Regionen noch weiter zu stärken. Mit
340 dem neuen *Business Passport* haben die vier Regionen bei Übernahme der baden-
341 württembergischen Präsidentschaft ein gelungenes Projekt weiterentwickelt, mit
342 dessen Hilfe kleine und mittelständische Unternehmen, die sich beispielsweise
343 für den Aufbau von Geschäftsbeziehungen oder Ansiedlungen in einer Partnerregion
344 interessieren, schnelle und passgenaue Angebote erhalten.

345 Wir wünschen uns von der deutschen und französischen Regierung eine noch engere
346 Zusammenarbeit bei der einheitlichen Umsetzung von EU-Richtlinien, insbesondere
347 in den Grenzregionen. Damit können Probleme wie beispielsweise die
348 Nichtanerkennung der Umweltplakette im Nachbarland künftig vermieden werden. Der
349 Aachener Vertrag bietet zudem eine Experimentierklausel, die für bestimmte

350 Projekte Ausnahmen von nationalem Recht ermöglicht - von ihr wollen wir auch
351 Gebrauch machen.

352 In der Pandemie mussten wir lernen, wie schmerzhaft es für die Menschen ist,
353 wenn unsere offene Grenze nach Frankreich plötzlich wieder geschlossen ist. Das
354 darf künftig keine Option mehr sein!

355 Auch nach dem Ende der Coronamaßnahmen machen viele Menschen von der Möglichkeit
356 Gebrauch, im Home Office zu arbeiten. Wir fordern von der Bundesregierung eine
357 Neuregelung der Telearbeit, um Grenzgänger*innen auch in Zukunft ohne Wechsel
358 des Sozialversicherungssystems zu ermöglichen, mehr als 25 Prozent ihrer
359 Arbeitszeit entweder mobil oder in Telearbeit in ihrem Wohnsitzland zu leisten.
360 Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz wollen
361 wir in Baden-Württemberg dazu beitragen, dass die Zusammenarbeit mit unseren
362 Schweizer Nachbarn einen neuen Schub erhält. Wir begrüßen es sehr, dass EU-
363 Kommission und Schweizer Regierung an der Sicherung und der Weiterentwicklung
364 des bilateralen Weges arbeiten. Wir brauchen innerhalb Europas mehr Kooperation
365 und nicht weniger. Mit der angelaufenen Fortschreibung der Schweiz-Strategie hat
366 auch das Land ein wichtiges Gestaltungsinstrument für die weitere Vertiefung der
367 Beziehungen in der Hand. Gerade in diesen industrie-, klima- und geopolitisch
368 herausfordernden Zeiten sind Kooperationen mit der Schweiz, unter anderem in den
369 Bereichen Wissenschaft & Innovation, Energieversorgung, Gesundheit und
370 Wirtschaft, unabdingbar.

371 Die deutsch-französische Partnerschaft ist auch im Bereich der inneren
372 Sicherheit von großer Bedeutung. Das Zentrum der deutsch-französischen Polizei-
373 und Zollzusammenarbeit und die deutsch-französische Wasserschutzpolizei in Kehl
374 sind Vorbilder für gemeinsame Zentren und leben den europäischen Gedanken. Da
375 Sicherheit grenzüberschreitend organisiert sein muss, setzen wir uns für den
376 Ausbau solcher Kooperationen ein.

377 Dass regionale Zusammenarbeit auch über die EU hinaus konkreten Mehrwert für
378 Bürger*innen, Wissenschaftsakteure und Unternehmen bieten kann, zeigt das
379 Engagement Baden-Württembergs im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum. Die
380 EU-Perspektive für die Ukraine, Moldau und die Länder des Westbalkans hat seit
381 dem Angriff des russischen Regimes auf die Ukraine eine neue Dringlichkeit
382 erhalten. Wir begrüßen die erhöhte politische Aufmerksamkeit für die EU-
383 Erweiterung auf europäischer Ebene. Gleichzeitig sehen wir auch das Land in der
384 Verantwortung, denn Baden-Württemberg hat sich mit seiner führenden Rolle bei
385 der *EU-Donauraumstrategie* und als früher Fürsprecher der EU-Integration des
386 Westbalkans als verlässlicher Partner im Donauraum etabliert. Wir setzen uns
387 daher für eine noch intensivere interregionale Zusammenarbeit mit den EU-
388 Beitrittskandidatenländern ein, die die Stärkung der Zivilgesellschaft und die
389 Förderung von gesellschaftlicher und politischer Vielfalt in den Blick nimmt.

390 **Zum Schutz von Frieden, Demokratie und Wohlstand, zur Bewältigung von**
391 **Herausforderungen in einer globalisierten Welt brauchen wir ein starkes Europa,**
392 **in dem gemeinsam Lösungen gefunden werden und das von den Bürger*innen**
393 **Europas**
393 **getragen wird.**

394 **In Baden-Württemberg arbeitet die Grün-geführte Landesregierung an starken**
395 **Wurzeln des Europäischen Projekts. Für ein Europa, das sich den aktuellen**
396 **Herausforderungen mutig stellt und Zukunft gestaltet, brauchen wir aber auch**
397 **starke Grüne im Europäischen Parlament. 2024 wird das Europäische Parlament neu**
398 **gewählt: Wir Grüne kämpfen auch in Baden-Württemberg dafür, dass es im nächsten**
399 **Europäischen Parlament mit starken Grünen eine pro-europäische und sozial-**
400 **ökologische Mehrheit gibt!**